

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Nr. 296

Donnerstag, den 21. Dezember 1922

17. Jahrgang

Belegpreis durch unsere Boten
100 im ganz monatlich 240 Mark.
Abstellungen nehmen die Ausleger
und die Anzeigen die Postanstalten
entgegen. — Erscheint wochentlich.
Verleger: Auer, Nr. 28.
Telegraphen: Tageblatt Erzgebirge.

Belegpreis für den Abnehmer
100 im ganz monatlich 240 Mark.
Abstellungen nehmen die Ausleger
und die Anzeigen die Postanstalten
entgegen. — Erscheint wochentlich.
Verleger: Auer, Nr. 28.
Telegraphen: Tageblatt Erzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 190

Der Vampyr am Rhein.

Seit nunmehr vier Jahren steht die Besatzungsarmee der Alliierten der „Verichtsvollstücker“ am Rhein, der das deutsche Volk und seine Austraggeber bei weitem mehr kostet, als er jemals einzubringen vermag. Seit dem Waffenstillstand bis Ende März d. J. hat die Alliiertenarmee im Rheinlande die hübsche Summe von 5 1/2 Milliarden Goldmark und 14 Milliarden Papiermark an direkten Kosten erfordert, d. h. nach einer französischen Berechnung täglich über 10 Millionen Franken. Im englischen Unterhause mußte kürzlich die Regierung zugeben, daß die Kosten des britischen Besatzungsheeres bisher 54,65 Millionen Pfund Sterling betragen haben, d. h. daß England aus eigener Tasche 4,658 Millionen Pfund Sterling bezahlen mußte, da es in der gleichen Zeit von Deutschland nur 50 Millionen Pfund an Reparationszahlungen erhielt. Die jeder Vermunft hohnsprechenden Verhältnisse sind also bereits so weit gediehen, daß angesichts der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands die „Elegie“ die Kosten für die tapferen Mannen am Rhein aus eigenen Taschen begleichen müßte. Während man in Deutschland nicht aus noch ein weiß, einen von Tag zu Tag bitterer werdenden Kampf um die nackte animalische Existenz führt, mit Wut und Trauer im Herzen zusehen muß, wie unsere Jugend körperlich und seelisch verrotzt, wie das Gebäude unserer deutschen Kultur in Trümmer fällt, sitzt am Rhein eine Armee von Schlemmern, der nichts zu teuer, nichts zu selten ist, weil sie vom Schweife eines darbenenden Volkes lebt.

Durch Besatzungsgruppen und -Behörden sind sage und schreibe 207 Orte belegt. Und wie diese Orte belegt werden, dafür nur ein kurzes Beispiel aus dem wider jedes Recht besetzten Düsseldorf: gleich beim Einzug der Truppen mußten sofort 5-600 Offizierswohnungen beschafft werden. Für die Unteroffiziere wurden ganze Häuserreihen belegt. Duisburg muß Offizierswohnungen errichten, deren Kosten auf über 100 Millionen veranschlagt werden, außerdem Kasernenbauten, die ebenfalls über 100 Millionen Mark verschlingen. Nun erst die Anforderungen, die an Einrichtung und Umfang der Wohnungen gestellt werden. Der General Percin brandmarkt die irrinnige Verschwendungssucht seiner militärischen Kollegen in der „Ere nouvelle“ vom 21. 11. 22. Das ist begreiflich, denn sein Kollege in Wiesbaden im ehemals kaiserlichen Schlosse nimmt für sich und seine Familie in Anspruch: 5 große Salons, einen Speisesaal, 4 Schlafzimmer mit Toilette, 4 Badezimmer, 3 große Säle für Konzerte, Tanz und Bankette, sowie zwei große Empfangszimmer. Durch Büro sind belegt: für Offiziere 33 Räume, für Sekretäre 21, für deren Diensthilfen und Ordnonnzen 49. Für den Brigadegeneral in Wiesbaden mußten 30 Verzierstücke gekauft werden. Für den kommandierenden General in Mainz wurde außer dem großherzoglichen Schlosse noch eine Sommerwohnung im Schlosse Waldhausen bei Mainz requiriert. Und wie die Großen sich räusperten und spudeln, so machen es die Kleinen nach. Kein Wunder, daß diese Armee von Blutsaugern die Seelen der Bürger vergiftet und unsagbaren Haß und Verachtung gefügt hat. „Moralische Abstrichung“ Sie ist unmöglich, solange die schwarzen Herden im Rheinlande haufen, solange dort eine maßlos gewordene Soldateska an einem Tag vergeudet, wofür sehtausende darbenender deutscher Familien monatelang leben mühen. Das wollen wir der Welt immer wieder sagen, bis sie es begreift, daß kein Frieden in der Welt möglich ist, solange die Truppen am Rheine stehen.

Auch ein anderes wollen wir zu gleicher Zeit betonen: daß nicht die deutsche Regierung Deutschland bankrott gemacht hat, sondern daß die Exzessarmee am Rheine das verschlingt, was die alliierten Staatsmänner ihren Vätern als Reparation versprochen haben. Für die jährlichen Kosten auch nur einer Kompagnie der Besatzungsgruppen hätte ein französisches Dorf wieder aufgebaut werden können!

Keine Anleihe der amerikanischen Regierung.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt:
Die Regierung Gunb scheint zu glauben, daß sie eine große Anleihe direkt von der amerikanischen Regierung bekommen wird. Das ist ein großer Irrtum. Die amerikanische Regierung bemüht sich, ihre außerordentlichen Guthaben einzuziehen, nicht aber neue zu vergeben. Für eine private Anleihe aber müßte das Reich volle Sicherheit geben. Das bedeutet, daß es sich sowohl hinsichtlich der Währung wie der Bekräftigung praktischer innerer Reformen unterziehen müßte und daß es das im Ausland befindliche Kapital zur Rückkehr zwingen

muß. Deutschland müßte ferner politische Garantien liefern und Versicherungen auf dem Gebiete der internationalen Politik abgeben, und es müßte sich verpflichten, jeden Pfennig abzuliefern, den es verdienen kann, um die gerechten Reparationsansprüche Frankreichs zu befriedigen. Das sind die Anschauungen verantwortlicher amerikanischer Persönlichkeiten, die sich bemühen, das europäische Gleichgewicht wieder herzustellen. Aber alles das kann nicht von einem Tage zum anderen durch einen Wind von Washington erreicht werden.

Bisher keine Antwort Frankreichs an Amerika.

Nach einem Telegramm der „Central News“ aus Washington, ist dort noch keine Antwort der französischen Regierung auf den amerikanischen Vorschlag eingetroffen, wonach eine internationale Kommission von Finanzleuten die deutsche Reparationsschuld festsetzen sollte. Deutschland habe den Vorschlag angenommen.

Die von dem Bankhaus Morgan dem deutschen Botschafter Dr. Wiedfeldt erteilte Antwort, daß eine Anleihe für Deutschland nicht in Erwägung gezogen werde wurde, solange nicht die Reparationsfrage geregelt sei, entspräche durchaus der Auffassung der Washingtoner Regierung.

Die Bedingungen Frankreichs.

Obwohl nach der obenstehenden Meldung unseres Berichterstatters Frankreich noch keine Antwort an Amerika erteilt hat, werden doch bereits Frankreichs Bedingungen genannt.

Aus absolut sicherer Quelle erfährt man, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Absicht hat, die europäischen Großmächte zu Beginn des neuen Jahres einuberufen, um einen letzten Versuch zu machen, einen endgültigen Reparationsplan aufzustellen.

Die französische Regierung ist hierzu unter drei Bedingungen bereit:

1. Es solle eine offizielle Untersuchungskommission damit beauftragt werden, genau festzustellen, unter welchen Bedingungen und bis zu welchen Grenzen Deutschland Reparationen zu zahlen imstande ist.
2. Wenn ein den Bedürfnissen Deutschlands entsprechender Reparationsplan aufgestellt ist und die europäischen Regierungen sich darauf geeinigt haben, dann können die Vereinigten Staaten von Amerika die Berücksichtigung abgeben, daß die amerikanischen Bankiers bereit sind, eine Anleihe aufzulegen, und zwar zugunsten Deutschlands, damit dieses seine Schulden an die Alliierten bezahlen kann.
3. Außerdem würde die Regierung der Vereinigten Staaten bereit sein, in eine Erwägung über eine Neuregelung der alliierten Schulden gegenüber einzutreten, d. h. daß die Vereinigten Staaten bereit sein würden, den einzelnen Schuldnern besondere Erleichterungen zu gewähren je nach dem Ergebnis besonderer von ihnen vorzunehmender Prüfungen in den einzelnen Ländern.

Der neue Getreideumlagepreis und die Brotverteuerung.

Der Preis für das dritte Sechstel der Getreideumlage ist nunmehr von der Reichsregierung bekanntgegeben worden. Er stellt sich rund als eine Verdreifachung des Preises für das erste Umlagebrittel dar und die Regierung errechnet in dem ausführlichen Kommentar die sich daraus ergebende Verteuerung des Brotes auf eine Steigerung des bisherigen Brotpreises um etwa zwei Drittel. Die Berechnung des neuen Umlagepreises hat außerordentliche Schwierigkeiten bereitet und ist so zu stande gekommen, daß ein Durchschnitt gezogen wurde aus der Zahl, die in dem Amanjagerauschlag die Mehrheit gefunden hatte, aus dem sogenannten landwirtschaftlichen Index und aus dem um einen Zuschlag von 35 Prozent verringerten freien Marktpreis. Zu dieser Summe kommt noch ein Zuschlag da man den bisherigen Umlagepreis als zu niedrig anerkannt und eine Nachzahlung bewilligt hat, die jedoch nicht auf einmal vergütet, sondern auf die noch ausstehenden vier Sechstel verteilt werden soll. Das Ergebnis dieser Berechnung ist ein Preis von 185 000 Mark für Roggen und entsprechende Abstufungen für die anderen Getreidearten. Trotzdem man die ernste Mühe und die Gewissenhaftigkeit anerkennen muß, mit der die Regierung sich an die Lösung dieser außerordentlich schweren und bedeutungsvollen Aufgabe gemacht hat, war voranzusehen, daß sie Kritik nach beiden Seiten erfahren wird und diese Kritik hat auch sofort mit großer Vehemenz eingesetzt. Den agrarischen Interessenvertretungen ist der neue Preis zu niedrig, trotzdem er fast zwei Drittel des freien Marktpreises erreicht, den sozialistischen Parteien und Organisationen erscheint er viel zu hoch, da nach ihrer Auffassung die Landwirtschaft am freien Verkauf so gute Geschäfte macht, daß eine Verdreifachung des nach sozialistischer Meinung schon übermäßigen bisherigen Umlagepreises nicht gerechtfertigt ist. Die sozialdemokratische Presse erhebt von neuem schwere Vorwürfe gegen die Reichsregierung und betont, daß nach ihren Berechnungen mindestens eine Verdoppelung des Brotpreises zu erwarten sei. Die Erregung, die so auf beiden Seiten laut wird, zeigt, wie notwendig die maßgebenden Worte sind, mit denen die offizielle Beantwortung des Regierungsentwurfes und

auch eine persönliche Rundgebung des neuen Reichsernährungsministers sich an die Bevölkerung wenden. Momentlich ist zu hoffen, daß diese eindringlichen Worte bei der Landwirtschaft Verständnis finden und daß der um einen Monat früher angelegte Ablieferungstermin für das dritte Sechstel innegehalten wird. Auch unter Berücksichtigung der in Aussicht stehenden Hilfsmaßnahmen bedeutet die neue Brotverteuerung eine so schwere Belastung der Allgemeinheit, daß sie nicht daneben noch Interessentümpfe ertragen dürfte, wie sie aus einem einzelnen Lager herausbeschoren werden sollen.

Der Reichsernährungsminister spricht.

Im Anschluß an den Beschluß der Reichsregierung stellt uns der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Dauter, der es sich zur Aufgabe gemacht hat ein besseres Verständnis zwischen Stadt und Land nach Kräften zu fördern, nachstehenden Artikel zur Verfügung:

Es ist der Öffentlichkeit bereits bekannt geworden oder wird gleichzeitig mit dem Erscheinen dieses Aufsatzes bekannt, daß die Reichsregierung den Preis für den Roggen, den die Landwirtschaft auf Grund des Umlagegetreidegesetzes zu liefern verpflichtet ist auf 165 000 Mark die Tonne festgelegt hat. Gegenüber dem bisherigen Preise ist dies eine sehr erhebliche Erhöhung. Die Erhöhung erreicht indessen in keiner Weise den freien Marktpreis, der sich am 1. Dezember, dem mittleren Tage der Ablieferungsperiode, nach Berliner Notierung auf 263 000 Mark stellte und heute annähernd die gleiche Höhe hat. Der Erhöhung des Getreidepreises muß eine Erhöhung des Brotpreises folgen, da das Reich außerhande in den Unterschied auf sich zu nehmen. Die Brotpreissteigerung wird indessen nicht annähernd der Getreidepreiserhöhung entsprechen, sondern der Brotpreis des Umlagegetreides wird von sich aus unmittelbar nur eine Steigerung auf etwa das Zweidrittelstfache des bisherigen Brotpreises hervorrufen. Denn da der Brotpreis sehr erheblich vom Preise des bereits beschafften Auslandgetreides bestimmt wird, so hat die schärfste Saluta-Entwicklung der letzten Monate bei der Gestaltung des Brotpreises durchaus die Fährung. Dazu kommen andere (ebenfalls auf der Geldentwicklung beruhende) Ursachen, wie Frachterhöhung, Beförderungsstellen in den Kommunalverbänden, Mahlkosten, Wackstoffen usw. Die schwere Belastung der verbrauchenden Bevölkerung, deren genaues Ausmaß danach noch unbekannt ist, durch die Brotpreissteigerung bleibt jedenfalls bestehen. Die Regierung hat tatkraftig Vorsorge getroffen, damit das Einkommen der werktätigen Bevölkerung, der Beamten, der Sozialrentner usw. auf die für den 15. Januar zu erwartende Brotpreissteigerung nach den dann geltenden Verhältnissen die erforderliche Rücksicht nimmt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß viele Einzelne aus dem Zusammenbruch unserer Mark einen persönlichen Nutzen gezogen haben, der sie als Schädlinge unseres Volkslebens erscheinen läßt. Gegen diese Schär der Schieber und Wucherer muß und soll mit aller Schärfe des Gesetzes vorgegangen werden. Aber die Grundlinie der ganzen unglücklichen Entwicklung der letzten Monate ist die, daß sie auf dem Zusammenbruch der deutschen Währung beruhende Geldentwertung sich auf jedem Lebensgebiet auswirkt. Diese Entwicklung kann auch vor dem Brotpreise nicht haltmachen.

Nun war gewiß die Absicht des Gesetzes, durch das den Landwirten die Verpflichtung zur Ablieferung einer Umlage an Brotgetreide auferlegt ist, die für die große Masse der Bevölkerung ein Brot zu erträglichen Preisen zu sichern. Ob der Weg des Umlagegesetzes dazu der richtige war, steht nicht mehr zur Erörterung. Auch die Sachlage, die sich aus einer etwaigen Dauerbesserung unserer Mark ergeben würde, kann jetzt nicht geprüft werden. Heute muß das Umlagegesetz sachgemäß durchgeführt werden. Zu seiner sachgemäßen Durchführung aber gehört auch, daß den abliefernden Landwirten ein Preis bezahlt wird, der ein einigermaßen vertretbares Verhältnis zum Werte des Papiergeldes hat, mit dem bezahlt wird, und der dadurch die Aufrechterhaltung der Brotgetreideerzeugung gewährleistet. Die Zahlung eines zu geringen Preises ruft schwere volkswirtschaftliche Gefahren hervor, die es zu bannen gilt. Für jeden, der irgendeine Ware zu verkaufen hat, ist durch die rasende Geldentwertung die böse Sachlage entstanden, daß es, wenn bei der Preisbemessung auf die Wiederbeschaffung nicht hinreichend Rücksicht genommen werden dürfte, aus dem Erlöse der Ware seinen Warenbestand nicht wieder auffüllen konnte. Dieser Sachverhalt ist vom Standpunkt des Volkswohles aus vertretbar, soweit es sich um Waren handelt, die für das tägliche Leben nicht erforderlich sind und auf deren Bezug die deutsche Bevölkerung unter dem Druck unserer harten Schicksale verzichten muß. Soweit aber lebensnotwendige Waren in Betracht kommen, muß ein Ausweg gefunden werden, um die Wiederbeschaffung der Ware zu ermöglichen.

dem Hotel
en wurde
en Thausen
und lag tot
ber die vor
ung eines
rd, haben
tet worden
wiederholt
des ganzen
ähmt, nach
des Kr
auch ein
und wird
äter aber
nuntlich
t, daß er
m auch ein
Arbeitsmittel
trahe und
e abwägen.
von dem
führt ein
flattert in
inem meh-
d und die
e, hänsel-
smartstein
ht, daß ich
selber uff,
- „Me,
- „Ja,
steigt mer
uff. Die
dann se,
meie neie
Wenn es
wenn ich
u. Verlas
Aue.
littenen
einge-
l. Sa.
ent
iter
ob- und
her
den für
u ch l.
sprächen
chriften,
2. 2977.
W 85.
on eines
u ch t.
die Ge-
hen
ten
itte
e
blig.
2
1 886.

Niemand wird bestreiten, daß die Landwirtschaft im Hinblick auf die Abnahme der Ernte im allgemeinen noch zu verhalten ist, jedenfalls aber, was die großen landwirtschaftlichen Wirtschaften betrifft, zum Teil noch und nicht unter belohnendem Blickwinkel stehen. Auch im laufenden Jahre haben sich die großen landwirtschaftlichen Betriebe und zwar die Getreidebetriebe, die der Herstellung des Getreides überhaupt in diesen Gegenden im Wege gestanden haben, schon jetzt die Landwirtschaft noch die Möglichkeit zu gutem Verdienst gefunden. Ebenso richtig aber ist, daß infolge der belohnenden Umstände dieses Jahres, besonders der großen Geldwertvermehrung, vielen Landwirten die Möglichkeit der Längerfristigen Erzeugung abgenommen ist. Das ist für unsere Volkswirtschaft außerordentlich gefährlich, da die Winterzeit dieses Jahr zu sehr und überdies infolge der schlechten Witterung ein Teil des für Brotgetreide bestimmten Bodens unbefruchtbar ist. Künftigen Längere ist auch nicht etwa nur für das Brotgetreide erforderlich, sondern er bedingt die dringend notwendige Erzeugungsteigerung ebenso für die Kartoffeln, die Futtermittel und auch die Wiesen. Alle Menschen sind sich darüber einig, daß unser Volk auf die Dauer sein Leben nur erhalten kann, wenn wir für unsere Ernährung von der Auslandseinfuhr unabhängig werden. Das aber ist nur möglich, wenn die inländische Erzeugung mit allen Kräften gesteigert wird. Nun gehen die Meinungen über die Mittel zur

Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung auseinander. Aber das wird niemand in Abrede stellen, daß der Arbeitsmangel der Landwirtschaft bei der Herstellung von Brotgetreide allgemein schwer beeinträchtigt wird, wenn der Preis, den die für das gesamte Volkswohl verantwortliche Regierung ihm zahlt, weit unter den Kosten, die er zur Fortsetzung der Erzeugung braucht, zurückbleibt. Macht man sich dies klar, so wird auch jeder Verbraucher einsehen, daß der jetzt fest gesetzte Preis, der nur reichlich drei Fünftel des freien Marktpreises beträgt, von einer für die Zukunft des Volkes verantwortlichen Regierung bewilligt werden mußte.

Ein machtvolleres Bekenntnis zu Deutschland.

Das abgelaufene Halbjahr der Universität RBL wurde gestern durch eine machtvolle Kundgebung für das deutsche Rheinland in der Aula der Universität, welche die Menge der erschienenen Studenten nicht zu fassen vermochte, abgeschlossen. In der Eröffnungsansprache drückte der Rektor Professor Dr. Schröder die allgemeine Entrüstung über die Zumutung aus, daß die Rheinländer um schändlicher vorübergehender Vorteil ihrem Volk die Kreuze brechen sollten und erklärte, diese Entrüstung müsse hinausdringen in alle Welt, nicht zuletzt von Seiten der Akademiker, des Lehrkörpers und der Studentenschaft. Anschließend daran hielt der Vorsitzende der Studentenschaft eine Rede, worauf Professor Dr. Lehmann eine gemeinsame Entschließung der gesamten Universität verlas, worin scharf gegen den Plan erhoben wird, das Rheinland vom deutschen Rhein abzuschneiden. Wir berufen uns, so heißt es in der Entschließung weiter, auf das von der öffentlichen Meinung der ganzen Welt anerkannte Recht der Nationen auf Selbstbestimmung und warnen vor den Folgen einer Gewaltpolitik, die im Widerspruch steht zu den von unseren Vertragspartnern selbst aufgestellten Grundlagen und zu dem natürlichen Recht und der gesunden Vernunft. Was uns Rheinländer mit dem Deutschen Reich zusammenhält, das ist unser innerer Zusammenhalt und unser gemeinsames großes deutsches Vaterland, ist unser unerschütterliches Bekenntnis zum Deutschtum.

Wenn die Aehren reifen.

Erzählung von Leontine von Winterfeld-Platen. (29. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) Seit der Ankunft der genesenen Mutter in Gurnitz war ein ganzes Jahr vergangen. Blumen, Girlanden und acht helle Kinderaugen hatten damals die Heimgesichte jauchzend begrüßt. Frau von Halldom war noch sehr bleich und schwach gewesen und bedurfte vieler Schonung. Da hatte Ursula täglich zwei Patienten, zwischen denen sie ihre Liebe und Pflege teilen mußte. Aber Gerda half ihr treulich dabei, und keinem wurde es zuviel. Als der Herbst kam, war Frau von Halldom vollständig genesen und wie einst der Sonnenschein aller im Hause. Nur Ursula war noch nicht so ganz auf dem Posten. Er sah schmal aus und begann wieder zu husten, als der Sommer wick und rauhere Winde über Gurnitz segelten. Da forderte der Arzt energisch einen Aufseher im Säben für ihn den Winter über. Aber wer sollte ihn begleiten? Theo stand vor seinem Träumen die Mutter mochte nicht wieder so lange von ihren übrigen Kindern fort. Da bat sie Ursula, Reisebegleiterin des Genesenden zu sein. Und wieder, wie schon einmal, fuhr Ursula dem blühenden Säben zu, der Maria entgegen. O, so anders als das letztemal. Sie war ja nicht mehr allein. Sie war ausgesandt als Mutterin und Freundin eines, der ihrer Pflege und Obhut anvertraut war. Sie hatte ein Amt, eine Pflicht, ein Ziel — einen jungen verirrten Menschen wieder dem Leben und der Gesundheit zuzuführen. Die Tage am blauen Mittelmeer werden die beiden wohl nie mehr vergessen. Es war Ursula, als hätte ihr Gott einen Sohn geschenkt, auf den sie all ihre mittelbige Liebe häufen durfte. Der alte Onkel, der wieder wie damals in Monte Carlo im Rollstuhl gefahren wurde, kannte sie kaum wieder. Aber sein Herz jubelte innerlich, als er sah, wie Ursula nun endlich mit ihrem Reich geworden war, nun endlich wieder ein Leben für andere lebte. Man konnte an jenen Frühlingstagen am Meerstrand fast ein helles Quartier zusammensetzen. Das war die alte Eggenz und Ursula, der greise Kaplan und Ursula. Biel Tages, Straßens wurde

Die einflussreiche Kundgebung (siehe mit dem von der Versammlung spontan angenommenen Deutschland).

Wojciechowski Staatspräsident in Polen.

Die polnische Nationalversammlung trat gestern zu einer Sitzung zusammen, um den Nachfolger für den ermordeten Staatspräsidenten Marzowski zu wählen. Gewählt wurde der Gesamtmandat der Vereinigten Sozialpartei, Abgeordneter Stanislaw Wojciechowski (Witos-Partei), mit 208 gegen 127 Stimmen, die auf den Kandidaten des Rechts, den Professor Kalimierz Morawski, den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften in Krakau, entfielen.

Polen hat in sehr kurzer Zeit für Gabriel Narutowicz, der am 16. Dezember den Schüssen Nikoladelskis zum Opfer fiel, einen Nachfolger in der Person Stanislaw Wojciechowski gefunden. Der schnelle Erfolg wird wesentlich zur Konsolidierung der in Verwirrung geratenen innerpolitischen Verhältnisse des Landes beitragen, wenn man auch durch Anwendung scharfer militärischer Vorkehrungen ein weiteres Umsichgreifen des Brandes zu verhindern gewußt hat. Über die Hindernisse sind nicht entfernt, denn die Wahl erfolgte wie bei Marzowski mit knapper Mehrheit. Die Opposition der rechten Nationalisten bleibt bestehen, die schon damals blutige Äußerungen in der Presse veröffentlicht hatten.

Wojciechowski, der schon den Posten des Innenministers bekleidet hat, war bereits bei der vorhergehenden Wahl der Kandidat der Witospartei. Auch jetzt dürften die nationalen Wählerkreise mit ihren 111 Stimmen ausschlaggebend gewirkt haben. Es ist anzunehmen, daß Witoski mit der Wahl einverstanden ist, was dem neuen Präsidenten gegen die gefährliche Rechte eine wichtige Stütze bietet.

Sozialdemokratie und Revolution.

Ueber die Voraussetzung und den Erfolg des deutschen Parlamentarismus sprach Prof. Dr. August Müller, der frühere Staatssekretär, in der Juristischen Gesellschaft. In seiner historischen Einleitung berührte er auch die Haltung der Sozialdemokratie vor dem 9. November. Er erklärte auf Grund der Verhandlungen, an denen er damals teilgenommen hatte, daß niemand von allen seinen Parteifreunden damals die Republik gewollt, niemand an eine Entthronung der Hohenzollern gedacht habe. Die Beratungen drehten sich immer nur um die Frage, wie es möglich wäre, die Ereignisse, die man kommen sah, abzuwenden. Erst nachdem diese Ereignisse zur Tat geworden waren, stellte sich die Sozialdemokratie an die Spitze der Bewegung und erwarb um Deutschland das große Verdienst, den sozialistischen Klassenstaat zu verhindern. Dr. Müller kritisiert weiter das gegenwärtige Proportionalwahlrecht, das dahin, daß die gewählte Versammlung genau so viel mittelmäßige und langweilige Leute aufzuweisen habe wie die Wählermasse selber. Wir müßten unter Aufrechterhaltung der demokratischen Grundlagen des Wahlrechts zu den Einzelwahlkreisen zurückkehren, die starken Persönlichkeiten die Möglichkeit geben, sich auch gegen die Parteibureaucratie durchzusetzen.

Kleine politische Mitteilungen.

Sozialdemokratie und Kabinett Cuno. Die Sozialdemokratie erkennt bereits an, daß die neue deutsche Regierung bisher nicht ganz erfolglos gearbeitet hat. Die Stimmung der sozialdemokratischen Parteiführer ist bei den letzten Besprechungen der Parteien bei dem Kanzler sich-

lich zugunsten des Kabinetts umgewandelt. Das amerikanische Ultimatum in seinem guten Glauben den Bedingungen von Dr. Cuno zu danken. Die Sozialdemokratie wird Kenntnis hiervon ihre Ansichten wahrheitsgemäß ändern und den Kabinettsmitgliedern unterrichten. Es gibt auch nicht als ausgeschlossen, daß das Kabinett eine Erweiterung durch sozialistische Minister erklärt. Inzwischen hat die Reichsregierung die Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für die Freunde für eine Mitarbeit in der Regierung ständig im Nachdenken begriffen.

Der Kampf um das Garzigeld. Dem Reichsrat ist ein Gesetzentwurf über die Ausprägung von Erbschaften im Nennwert von 10, 20, 50, 100, 200 und 500 Mark zugegangen. — Um die Erhaltung des neuen Garzigeldes wird seit langer Zeit von den beteiligten Instanzen ein beständiger Kampf geführt. Das Reichsfinanzministerium hat die Durchführung der verschiedenen Vorschläge bis zum heutigen Tage hinausgeschoben, weil die Schwankungen des Geldwertes eine Bestimmung der zu prägenden Münzarten verhindert. Erst jetzt scheint man im Hinblick auf die nahende Stabilisierung den Mut zu haben, so dringend notwendigen Eindämmung der Papierflut gelunden zu haben.

Verhandlungen mit Litauen. Am Dienstag vormittag ist eine litauische Delegation unter Führung des litauischen Gesandten Schaulis eingetroffen, um mit Deutschland Verhandlungen über den Abschluß eines direkten Abkommens zu beginnen. Die Verhandlungen werden von deutscher Seite von Ministerialdirektor v. Stöckmann geleitet.

Lausanne vor der Auflösung? Die Konferenz von Lausanne ist nach freierwilliger Einwirkung in ihr tatsächliches Stadium getreten. Sie droht, auseinanderzuliegen. Die englischen Sachverständigen haben den Tagungsort bereits verlassen, da sie für ihre Regierung in der Dreierangelegenheit das letzte Wort gesprochen haben. Die Russen drohen mit Abreise, da sie ein Nachgeben der Türken gegenüber den Alliierten befürchten. Die türkischen Delegierten überlassen werden von Ankara aus stark gemacht, lieber die Konferenz zu verlassen, als sich weiter auf eine Politik des Dinausgehens und Nachgebens einzustellen. Am Ueberflus wird nun auch noch die ägyptische Frage, die bisher ausgeschaltet war, in die Diskussion geworfen und die weitgehenden Forderungen der ägyptischen Delegierten gelten als neues Sprengpulver.

Die Sowjetregierung hat die 11 Konsulate in Westfalen geschlossen und ihr Personal ausgewiesen. Die Konsulate an diesen Orten haben in den letzten Jahren eine ausgesprochen antirevolutionäre Tätigkeit entfaltet. Die Schließung ist aber nicht auf dieses Eingreifen zurückzuführen, sondern wohl eine Folge davon, daß die durch die Kommunisten vertretenen Arbeiter in Russland nicht anerkannt haben. Deutschland war in Westfalen nicht vertreten, es hat jedoch nach dem in Warschau best. Recht, einen Konsul dorthin zu senden.

Von Stadt und Land.

Aus, 21. Dezember 1922. Zusammenkunft der sächsischen Handelskammern. Eine Zusammenkunft von Vertretern der sächsischen Handelskammern besaßte sich am 8. Dezember in Dresden unter Teilnahme von Vertretern der Staatsregierung mit der Einführung einer Sonderumlage für das Deutsche Forschungsinstitut für Textilindustrie in Dresden. Man gelangte einmütig zu dem Ergebnis, eine solche in die Wege zu leiten und zwar in ganz Sachsen einheitlich. Einschränkung der Lehrlingshaltung im Fleischerhandwerk. Das Wirtschaftsministerium bestimmt in einer Verordnung vom 15. Dezember: In jedem Fleischerbetriebe darf nur ein Lehrling beschäftigt werden. Ein zweiter Lehrling darf in folgenden Fällen gehalten werden: 1. wenn der erste Lehrling das zweite Lehrjahr vollendet hat, 2. wenn in dem Betriebe ein zur Anleitung von Lehrlingen berechtigter Geselle dauernd beschäftigt wird, 3. wenn auf gemeinschaftlichen Antrag der zuständigen Innungen und Gewerkschaften die Gewerkschaften eine Ausnahme bewilligt. Mehr als zwei Lehrlinge dürfen in keinem Betriebe beschäftigt werden. Max Hög hat aus der Breslauer Strafanstalt an den sächsischen Landtagsabgeordneten Siebert die Aufforderung gerichtet, im Landtag Erörterungen darüber anzustellen, aus welcher

suchen. Das wird mir nicht ganz leicht werden.“ Frau von Halldom fuhr herum. „Ursel, bist du toll? Du bleibst doch immer, immer bei uns?“ Ursula schüttelte den Kopf. „Sieh, Maria, ich möchte schon immer gerne mit dir darüber sprechen. Du bist nun Gott sei Dank wieder ganz gesund und munter und brauchst meine Hilfe im Hause nicht mehr. Für die Kinder sorgt die fröhliche Ulrike Flutius besser als ich es je könnte. Ich wäre jetzt zum Nichtstun in Gurnitz verbannt, und das darf nicht sein. Die Arbeit hat mich gesund gemacht. Nun muß und will ich auch weiter arbeiten.“ „Aber das kannst du ja in Gurnitz auch haben. Ursel, ich will dir gerne irgend eine Beschäftigung geben.“ „Ich danke dir, du meinst es so gut. Ich brauche aber nicht „irgendeine Beschäftigung“, sondern ernste, wirkliche Arbeit.“ Frau von Halldom schüttelte traurig den Kopf. „Du willst doch nicht wieder trübsinnig allein in die weite Welt hinausziehen? Ist das nicht eine Gefahr für dich? Tauchen da nicht wieder alte Grillen und altes Weid in dir auf? Kann nicht Gurnitz deine Heimat werden?“ Ursula griff nach der Hand der Schwester. Ihre klare Blick suchte das offene Meer. Ihre Stimme war fest und klar. „Ich werde nie mehr in die Stadt zurückkehren, aus der mich eine starke Hand machtvoll gerissen. Ich will jetzt, wozu wir unser Leben haben. Es nimmt vergangenen Schmerzen alle Bitternis, wenn wir es zu einem Leben für andere umwerten. Es gibt so viel Not in der Welt, die nach Hilfe schreit. Endlich will ich gehen. Ich bin noch gesund und fröhlich. Ich will nicht brach liegen wie einst die vielen verlorenen Jahre. Ich lerne Krankenpflege.“ Sie hatte so fest und bestimmt gesprochen, daß Frau von Halldom keinen Einspruch mehr wagte. Die beiden Schwestern verbanden sich. Sie saßen sich an und gaben sich fest und schweigend die Hand. —

Einige unvollständige Notizen am rechten Rand des Blattes, die teilweise von anderen Seiten des Blattes überkommen zu sein scheinen.

den Schäden der letzten Wintermonate... Die Schäden der letzten Wintermonate...

Erhöhung des Zinsfußes. Die Zinsfußes werden zum 1. Januar um 10 Prozent, die Zinsfußes um 20 Prozent erhöht.

Wohlstand am 31. Dezember und am Neujahrstag. Die Briefkästen sind am 31. Dezember vormittags von 8 bis 9 und von 11 bis 12 1/2 geöffnet.

Eine Krisengruppe „Mittlerer Gedräng“ des Bundesverbandes ehemaliger kaiserlicher Unteroffizierskinder wurde am vergangenen Sonntag in Thalheim gegründet.

Bräutlos. Töblich verunglückt. Am Freitag, stürzte das zweiährige Mädchen des Gutbesizers Seidel vom Dreschboden herab und fiel in die im Gang befindliche Strohpresse.

Hivodus. Wegen Scharlach fünf Schulen geschlossen. Der Scharlach ist in letzter Zeit unter den Schülern Hivodus in etwas häufigerer Form aufgetreten.

Plan II. Einstellung des Straßenbahnbetriebs. Nachdem alle mit den interessierten Kreisen Verhandlungen über die Aufrechterhaltung des Straßenbahnbetriebs gescheitert sind, steht nunmehr fest, daß die elektrische Straßenbahn am Abend des 31. Dezember ihren Betrieb einstellt.

Blau. E. Einstellung des Straßenbahnbetriebs. Nachdem alle mit den interessierten Kreisen Verhandlungen über die Aufrechterhaltung des Straßenbahnbetriebs gescheitert sind, steht nunmehr fest, daß die elektrische Straßenbahn am Abend des 31. Dezember ihren Betrieb einstellt.

Wald. Fleisch und Brotspenden. Die diesjährigen Wälder der Fleischherinnung haben zur Steigerung der wirtschaftlichen Not in unserer Stadt, besonders für die Altershilfe, insgesamt 200 Fleischmarken im Werte von etwa 120 000 Mark und Fettmarken im Gesamtwerte von 140 000 Mark geliefert.

Rinder. Beim unvorsichtigen Entladen eines Reboilers entlud sich ein Schuß und das Geschick brach eine an der Maschine stehende Frau in den Unterleib, die in das Krankenhaus Stadenstein übergeführt werden mußte.

Oskar. Schulschluß wegen Grippeerkrankung. Das diesjährige Seminar und die Oberschule haben geschlossen werden müssen, weil eine größere Anzahl von Schülern an der Grippe erkrankt ist.

In der Ferne kam ein dumpfes Rauschen näher und näher, wie steigende Flut. Vom Watt weit draußen wanderten Kinder und Erwachsene zurück, langsam füllten sich als erste Warner die tieferen Riefele.

Hochgetrieben die über die Rufe waren Roff und Dife um sie herumgefrungen, Wuffeln und Tackensfreß im Watt suchend und mit hellem Saugen jeden neu auftauchenden Dampfer begrüßend.

Uff war aufgesprungen und zum Strandford getreten. „Nicht wahr, Mutter, wie können morgen nach Neuwert? Und die Kleinen auch, das wird sie so ineffizien.“

Frau von Halbom lächelte. „Dann muß ich es wohl erlauben, wenn Sie drei Kroffen mit verschafft, gut acht auf die beiden Wuffelinge zu geben. Die drei Frauen werden unterdessen einen schönen Spasiegang in die blühende Heide machen.“

„Alles Augen funkelten.“ „O Mutter, wo ist das Neuwert? Und wie kommt man dahin?“

Frau von Halbom nahm die gabelndes Löffelchen auf den Schoß. „Das will ich dir erzählen, Kind. Neuwert ist eine große flache Insel, wo nur ganz wenig Menschen wohnen.“

„Uff, außer den Fischerkitteln ist dort noch ein gewaltiger alter Dampfer, in dem vor vielen hundert Jahren der mächtige Meeräuber Stenarader gehaust haben soll. Jetzt ist offen auf dem Meer eine große Dampfer, die weit hinausläuft auf das Meer, das Staden und beim Nebel, um die Schiffe zu warnen.“

(Fortsetzung folgt.)

Belgium. Zwei Kinder ertranken. Die drei Kinder der Arbeiterfamilie Sels in Warem hatten sich mit anderen Kindern auf die dünne Eisschicht des freien Gewässers gewagt. Dabei brach der 10jährige Werner Sels ein. Sein 13jähriger Bruder stürzte ihm, der eigenen Gefahr nicht achtend, zu Hilfe. Es gelang ihm auch, den Bruder auf's Erdrand zu bringen, aber im letzten Augenblick brach die Eisschicht unter ihm und er versank im Wasser. Im aufspringenden, taburter Schwimmerschwimm suchte ihn seine 13jährige Schwester Dolle zu retten, aber auch sie ging unter.

Geldentwertung und Wiederbeschaffungspreis.

Die bringt die Geldentwertung und für die ganze Wirtschaftswelt, namentlich für den Einzelhandel immer dringender gewordene Frage, ob dem Kaufmann mit Rücksicht auf die in der Zeit zwischen Einkauf und Verkauf eingetretene innere Geldentwertung bei seinen Verkauftwaren ein entsprechender Preiszuschlag zugestanden werden darf, beschäftigt das Reichsgericht in zwei Fällen, in denen der Verkäufer eines Konfektionsgeschäfts und der eines Wäntelgeschäfts, jener zu 20 000, dieser zu 1 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden waren, weil sie bei der Ausgelassung des Kaufpreises im Schaufenster 189 bezw. 88 1/2 Prozent zugestanden hatten. Die Staatsanwaltschaft Dr. Sandau-Belzig wies vor allem darauf hin, daß für den Verkäufer Kaufmann eine andere Kalkulation unmöglich sei, wenn nicht es und mit ihm das gesamte deutsche Wirtschaftswesen allmählich zugrunde gerichtet werden sollten. Zahlreiche Handelskammern und Handwerker hätten sich dieser Auffassung bereits angeschlossen. Der Vertreter der Reichsanwaltschaft beantragte Aufhebung des Urteils und Zurückverweisung der Sachen an das Landgericht Gera. Die Zustimmung eines entsprechenden Preiszuschlags müsse erfolgen und sie könne es auch, ohne daß das Reichsgericht seinen bisherigen Standpunkt der Ablehnung des Wiederbeschaffungspreises aufzugeben brauche. Der Kaufmann solle und müsse in die Lage versetzt werden, seine Ware mit dem Preise auszuzeichnen, der infolge der Geldentwertung seit dem Einkauf dem Einkaufspreis allernünftig entspreche. Dieser Faktor der Geldentwertung habe das Landgericht ganz außer Betracht gelassen. Die Zustimmung des vollen Wiederbeschaffungspreises könne schon deshalb nicht geschehen, weil nach dieser Richtung eine Veränderung nur im Wege der Gesetzesgebung, nicht aber der Gesetzesauslegung möglich sei. Das Reichsgericht erkannte gemäß dem Antrag der Reichsanwaltschaft. Der Vorsitzende führte kurz aus: Bei der künftigen Beurteilung wird die Strafkammer von dem Grundsatze ausgehen haben, daß der Wiederbeschaffungspreis abzulehnen ist. Dieser kann unter Umständen noch in der Vorinstanz beruhen, und es könnte dann auf Umwegen der Wiederbeschaffungspreis wieder eingeführt werden. Dagegen ist das Reichsgericht davon ausgegangen, daß die Geldentwertung beim Einkaufspreis in vollem Maße zu berücksichtigen ist, während es bisher nur eine teilweise Berücksichtigung zugestanden hatte. Wenn z. B. bei der Anschaffung ein Artikel 100 Mark gekostet hat und der Geldwert so gesunken ist, daß er jetzt 800 Mark zu bedeuten kommt, 800 Mark soviel wie damals 100 Mark sind, so kann der Kaufmann mit Recht 800 Mark einsehen.

Letzte Drahtnachrichten.

Zur Reparationsfrage.

Paris, 21. Dezember. Nach einer aus Washington datierten Darstellung der Agence Havas beruht man sich dort in offiziellen Kreisen auf den Umstand, daß bis jetzt noch keinerlei offizielle Erklärung über die Reparationsverhandlungen abgegeben worden sei. Nichts gestatte die Annahme, daß die Reise des amerikanischen Botschafters in London, Harvey gerade die Reparationsfrage zum Anlaß habe. Der Standpunkt der Morgan-Bank, daß eine Anleihe nicht möglich sei, bevor die Reparationsfrage eine Lösung erhalten habe, sei anscheinend auch derjenige der Regierung, aber diese habe bis jetzt noch kein Projekt bekannt gegeben. Es beständen ernste Gründe, so fährt der Berichterstatter fort, zu der Annahme, daß die amerikanische Regierung ihre Unterstützung bei der Regelung der Reparationsfrage nicht versagen werde, wenn diese ernstlich aufgeworfen würde. In Finanzkreisen halte man die Bildung eines Bankierauschusses ähnlich demjenigen, der im Januar in Paris getagt hat, für das Praktische. Diese Auffassung würde nach den in offiziellen Kreisen vorliegenden Mitteilungen mit dem Standpunkt der deutschen Regierung übereinstimmen, der angeblich folgender sei: Eine Wirtschafts- und Finanzfachverständigenkonferenz hätte die Einnahmequellen

Deutschlands zu untersuchen und darüber zu befinden, was Deutschland begahnen könne. Deutschland sei entschlossen, die Kommission durch Vorlegung seiner Bücher ihre Aufgabe zu erleichtern, sobald sie eine ideale Anleihe beschaffen könne. Die Kommission würde dann endgültig eine Liste als abfolutes Gewerbe der deutschen Zahlungsfähigkeit festlegen. Paris, 21. Dezember. Clemensau hat bei seiner Ankunft in St. Louis Journalisten ein kurzes Interview gewährt, in welchem er erklärte, er fürchte das Ruhrgebiet wegen des Streiks.

Paris, 21. Dezember. Die Reparationskommission wird sich nach dem Journal des Debats kommenden Freitag namentlich mit den deutschen Farbstofflieferungen für Amerika und mit dem belgischen Anteil an einer Restitution für Getreide befassen.

Besprechungen des Reichsanwalts mit Vertretern des Industrie.

Berlin, 21. Dezember. Gestern hat der Reichsanwalt die ersten Besprechungen mit Vertretern des Reichsverbandes der deutschen Industrie über das Reparationsproblem gehabt. Die nächste Aussprache der Reichsregierung mit den Partikulären ist auf kommenden Freitag festgesetzt. Auch an den allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund, den Christlichen Gewerkschaftsbund, den Gewerkschaftsring, den allgemeinen freien Angestelltenbund, den deutschen Beamtenbund, und den allgemeinen deutschen Beamtenbund hat der Reichsanwalt Einladungen zur Aussprache ergehen lassen, die aber erst nach Weihnachten stattfinden wird.

Von der Konferenz in Lausanne.

London, 21. Dezember. Die türkischen Vertreter erklärten dem Vertreter des Reutersbüros in Lausanne, sie seien in ihren Zuständigkeiten soweit wie möglich gegangen. Wenn die Alliierten weiterhin auf ihrem Standpunkt beharrten, dann sei ein Uebereinkommen unmöglich.

Lausanne, 20. Dezember. Zur Frage eines deutschen Sitzes in der Meerengenkommission, der bekanntlich in dem russischen Meerengenprojekt gefordert wird, erklärte der Führer der russischen Abordnung Tschicherin dem Vertreter des W. I. B.: Wenn man eine internationale Kommission gründet, deren Aufgabe es ist, an der Handelschiffahrt in den Meerengen mitzuwirken, so ist es selbstverständlich eine Notwendigkeit, daß Deutschland mit seinen großen Handelsinteressen im Schwarzen Meer an dieser Kommission teilnimmt. Es liegt nicht die geringste Veranlassung dazu vor, Deutschland aus internationalen Rücksichten auszuscheiden, die dem allgemeinen Interesse dienen sollen.

Lausanne, 20. Dezember. Nach der heutigen Sitzung über die Meerengenprojekte galt das Hauptinteresse der Frage, welche Haltung jetzt die russische Abordnung einnehmen werde. In den Kreisen der russischen Abordnung bewahrt man große Zurückhaltung über die weiteren Pläne. Man warnt jedoch vor dem Optimismus, den heute die Alliierten zur Schau getragen haben. Da die Türken bestimmte Forderungen erhoben haben und Lord Curzon gewisse Forderungen in Aussicht stellte, kann von einer Lösung und Beendigung der Meerengenverhandlungen nicht die Rede sein.

Widder bei der Reichspost.

Berlin, 21. Dezember. Im Reichspostministerium fand eine Besprechung mit den Personalreferenzen sämtlicher Oberpostdirektionen statt, in welcher Richtlinien für den einheitlichen Widder des Personals in allen Bezirken von der Reichspostverwaltung ausgegeben worden sind.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Berlin, 21. Dezember. Das Reichsarbeitsministerium hat beschlossen, die bestehenden Sätze der Erwerbslosenunterstützung um ungefähr 100 Mark für den Tag zu erhöhen.

Neue Drahtnachrichten.

Berlin, 21. Dezember. Reichsminister a. D. Röhrer soll als deutscher Gesandter in Riga in Aussicht genommen sein.

London, 21. Dezember. Bonar Law muß infolge einer Erkältung das Zimmer hüten. London, 21. Dezember. Aus ganz Südengland und den mittleren Grafschaften werden heftige Sturmwinde mit Schneefall gemeldet. Auch im Innern herrscht Schneesturm.

Der Dollarkurs notierte heute vormittag in Berlin vorübergehend mit 8800.

Vermischtes.

Eine internationale Wirtschaftsgeschichte des Weltkrieges. Die „Carnegie-Stiftung“ in den Vereinigten Staaten hat die Herausgabe einer groß angelegten „Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges“ in Angriff genommen. Nachdem unter der Leitung des Historikers der Columbia-Universität, Professor James J. Schowell, in mehreren anderen Ländern bereits vor einiger Zeit Ausschüsse zur Mitwirkung bei der

Handelsausstellung in Osaka i. Japan = März 1923

Jede Auskunft werden erteilt durch

Cohrs & Ammé, Aktiengesellschaft, Hamburg

Zweig Niederlassung: Chemnitz.

Telegramm-Adresse: Cohrsam. — Fernsprecher 3940, 6124.

Gütersammelstellen in:

Aue i. Erzg., Fernspr. 496.	Zwönitz, Fernspr. 13.	Pockau-Lengefeld, Fernspr. 188.	Oibernhau, Fernspr. 185.	Zschopau, Fernspr. 178.
--------------------------------	--------------------------	------------------------------------	-----------------------------	----------------------------

Veranstaltung gebildet werden sind, hat sich nunmehr auch in Deutschland ein solcher Ausschuss gebildet, dem angehörend: Reichsdirektor a. D. Bauer, Prof. Dr. Bacher-Welsh, Oberleutnant Dülberg, Oberleutnant Dr. Carl Reichler, Hamburg, Professor Wendelsohn-Barchfeld, Hamburg und Professor Seering, Berlin.

Heroldische Spende. Die Generaldirektion der von den Bergwerken in Berlin hat dem Reichspräsidenten als Beileger zur Verringerung der Not in Deutschland einen Betrag von 7 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Mord in Berlin. Der Arbeiter Trojand fand heute Nacht seine verheiratete Tochter, Frau Derial, in ihrer Wohnung im Südosten Berlins, Wronnistr. 10, tot auf. Man hatte sie an Händen und Füßen gebunden und ihr ein Taschentuch in den Mund gesteckt. Zwischen dem Mörder und seinem Opfer hat anscheinend ein Kampf stattgefunden.

Ueberfall auf ein Gut. Durch eine etwa fünfzehnhöpflige Bande ist ein Ueberfall auf das Gut Dittersbach bei Wilmig nahe der polnischen Grenze verübt worden. Es kam zu einer Schießerei. Die Räuber zogen sich darauf zurück, kehrten aber nach kurzer Zeit wieder und griffen das Gut mit Militärwagen an. Sie wurden nochmals zurückgewiesen. Man vermutet, daß es sich um eine polnische Bande handelt, welche über die nahe Grenze gekommen ist.

Sieben Milliarden Dollar. Diese Riesensumme stellt angeblich den Gesamtbeitrag dar, der nach amerikanischen Berechnungen amerikanische Touristen im Laufe des Jahres 1922 in Europa ausgegeben haben werden. Die Summe ist ungefähr siebenmal so groß, als der Betrag der Rufen der französischen Schuld an die Vereinigten Staaten. Beinahe die ganze Summe ist in den europäischen Hauptstädten ausgegeben worden. Die Berechnung stammt von der American Hoteliers Association und wird als sehr richtig bezeichnet. Sie soll von den amerikanischen Hoteliers zur Propaganda gegen die Ueberfremdung der Amerikaner verwendet werden, dürfte aber wohl stark übertrieben sein.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Selbmann. Druck u. Verlag Auer Druck- und Verlags-Gesellschaft m. b. H., Aue.

Ämtliche Bekanntmachungen.
Aue. Die Kreisbauernschaft hat den I. Antrag zum Vertrag über die Vermögenssteuer in der Stadt Aue vom 25. März 1922, der die Erhöhung der Steuerlast für Vermögensbesitzer, Mieten- und Kostümbüchler vorstellt, genehmigt. Er liegt 14 Tage lang zur Einsichtnahme in unserer Rathshauskanzlei (Stadthaus, Zimmer 13) aus.
 Aue (Ergebn), am 18. Dezember 1922.
 Der Rat der Stadt.

Änderung der Gemeindebestimmungen der Stadt Aue vom 25. November 1922 zur Ausführung des Reichsmietengesetzes.
 1. Mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab werden bis zur Berechnung der gesetzlichen Miete im § 3 und im § 7 Absatz 3 des Reichsmietengesetzes vorgesehene Zuschläge zur Grundmiete wie folgt festgesetzt:
 1. Wegen der Steigerung der Mieten der vorvertraglichen Belastung 50 vom Hundert der Grundmiete.
 2. Wegen der Betriebskosten 200 vom Hundert der Grundmiete.
 3. Wegen der Kosten für laufende Instandsetzungsarbeiten 1500 vom Hundert der Grundmiete.
 4. Wegen der Kosten für große Instandsetzungsarbeiten 750 vom Hundert der Grundmiete.
 5. Der Beitrag zu dem zu gründenden Ausgleichsfonds.
 II. Die Zuschläge wegen der Betriebskosten werden gemäß den Gemeindebestimmungen vom 25. November 1922 nur als Berechnungsgeld gewährt.
 Aue, den 20. Dezember 1922.
 Der Rat der Stadt.

Aue. Gas- und Strompreise.
 Die städtischen Körperschaften haben beschlossen, vom Tage der November-Verbrauchsabrechnung ab
 180 Mark für 1 cbm Gas,
 800 " " 1 kwst. Lichtstrom und
 170 " " 1 " Kraftstrom
 zu erheben.
 Aue, 21. Dezember 1922.
 Der Rat der Stadt.
 M. Siegler.

Dr. Oetker's Vanillin-Zucker
 für Milch- und Mehlspeisen, Saucen, Kekse, Tee, Puddings, Kuchen, Torten, Eis und als Zusatz zu solchen süßmachenden Früchten, die nur ein schwaches Aroma haben, wie z. B. Apfelsinen, Marmelade etc.
Dr. Oetker's Fabrikate
 mit der Schutzmarke
 Oetker's Helikopter

Haben Sie Ihre Weihnachts-Einkäufe schon erledigt, oder haben Sie noch ein Geschenk vergessen? dann wählen Sie:

- | | | | | |
|--|---|---|--|---|
| Lederkoffer
Reisetaschen
Reisekoffer
Reisenecessaires
Aktentaschen
Schreibmappen
Papierkörbe
Cig- u. Cigt.-Taschen
Brief- u. Geld-Taschen
Garnituren
Wickel- und Leder-Gamaschen
Rasierapparate
Rasiergarnituren | Einrichtungskoffer
Damentaschen
Besuchtaschen
Taschentollettes
Toilettekästen
Manicures
Bürstengarnituren
Nähkörbe
Nähständer
Marktnetze
Markttaschen
Tabletts
Fächer | Teppiche
Bettvorlagen
Fellvorlagen
Divandecken
Tischdecken
Gedecke
Steppdecken
Wachtuchdecken
Reisedecken
Autodecken | Schulranzen
Schulumappen
Frühstückstaschen
Federetuis
Fussbälle
Gummibälle
Gummistiere
Schwammtiere
Kinderschürzen
Kinderlätze
Haarbürsten
Kämmen
Halsketten | echte Bronen
Teepuppen
Bilder
Serpentinsteine- und Marmor-Schreib- und Rauch-Garnituren
Rauchtischgarnituren
Petschafte
Brieföffner
Eisenbeinrosen
Beinketten
Schmuckkästen
Nähchatouillen a. Leder |
|--|---|---|--|---|

Spezialhaus Camillo Gebhardt, Aue, Ecke Bahnhofstr. — Reichsstr.
 Größte Auswahl in sämtlichen Artikeln.

Achtung!
Wäscheindustrie-Angestellte in Aue, Löhnig, Lauter.
 Am Freitag, den 22. Dezember 1922, abends 7/8 Uhr, Rest. „Stadbrauerei“, Aue,
Berammlung für alle Wäscheindustrie-Angestellte.
 Tagesordnung: 1. Berichterstattung über die Dezember-Tarifverhandlung. 2. Stellungnahme zu dem erneuten Versuch, die Wäscheindustrie-Angestellten vom Tarif der Metallindustrie-Angestellten abzutrennen.
 J. D. A., D. B. S., D. S. B., S. W. A., S. D. A.

Als passende Weihnachts-Geschenke
 empfiehlt
**Nähmaschinen
 Fahrräder
 Waschmaschinen
 Wringmaschinen**
 zu billigsten Tagespreisen
I. Auer Fahrzeug- u. Nähmaschinenhaus
 Fernsprecher 337. „Alpha“ Georg Baumann.

Einige gebrauchte, noch gut erhaltene
Kuopfloch-Maschinen
 sucht zu kaufen
Kuno Fuhs, Gießfeld i. Vogtl.
 Fernsprecher Amt Gießfeld 275.

Kopfhärwässer
 in großer Auswahl empfiehlt preiswert
Stern & Gauger
 Röhre u. Preislisten, Aue
 Bettendorferstr. 48, Bettendorferplatz

Kein Laden Nur Etage
Ihren Bedarf decken Sie am vorteilhaftesten in
Weiß-Woll-Strick-Kurz-Waren
 Wäsche — Schürzen — Taschentücher
 Handschuhe — Strümpfe — Gamaschen
 Krawatten — Hosenträger — Sockenhalter
 u. s. w. u. s. w. im
Meinzer's Etagengeschäft
 Ernst-Papst-Str. 31! Aue Ernst-Papst-Str. 31!
 nur eine Minute vom Markt
 Kleine Speise Fachm. Bedienung

Runkelrüben,
 gesunde, frostfreie Ware, empfiehlt ab Lager
Willy Müller, Gießfeldung landwirtsch. Fachlicher Ergebnisse,
 Gießfeldstr. 1. — Fernruf 91.

Apollo-Lichtspiele Aue
 Lichtspielhaus ersten Ranges
 Bahnhofstraße 17. Fernr.: 768.
 Freitag und Sonnabend! Nur 2 Tage!
Der Gespensterklub
 Sensationsfilm in 5 Akten von Toni Altenberger.
 Aruth Wartau als Jimmy Pott in der Hauptrolle.
Der Fuhrmann des Todes.
 Schauspiel in 5 Akten.
 Täglich Anfang 6, letzte Vorstellung gegen 9 Uhr.
 Am Sonntag zum Heiligen Abend bleibt unser Theater geschlossen.

Prima Rinder-Nierentalg
 in Kisten von 36/1- und 72/1-Pfund-Packungen (Pergamentpackung)
 ab Waggon oder Lager Chemnitz bietet an
Vertreter M. Edmund Meuselwitz, Chemnitz.
 Fernruf 1888.
 Verkauf nur an Großabnehmer.

Gasföcher
 zu verkaufen.
 Gießfeldstr. 26, I. L.
Kleine Anzeigen
 haben guten Erfolg im
Auer Tageblatt.

Pianos
 besser Firmen in allen Holzarten, gebrauchte Instrumente stets am Lager empfangen billigsten Preisen.
Pianomagazin Zeuner, Zeitzau I. G., Ankerstr. 57

Seitdem...
 Vor...
 woter...
 mit...
 lar...
 der...
 pl...
 ge...
 nach...
 et...
 (G...
 den...
 sch...
 mel...
 aber...
 daran...
 Er...
 es...
 Zeit...
 und...
 Eng...
 Im...
 selbst...
 Akti...
 ersten...
 h...
 geeig...
 Von...
 sel...
 Sim...
 Der...
 der...
 der...
 mög...
 diese...
 sich...
 ter...
 ent...
 sch...
 Bre...
 mit...
 so...
 Au...
 bet...
 Toll...
 mit...
 nach...
 bei...
 einer...
 teil...
 Tempo...
 reit...
 Weg...
 alle...
 eine...
 ist...
 das...
 dur...
 hinter...
 daß...
 kann...
 Das...
 Sta...
 dem...
 erfre...
 von...
 sicher...
 sollte...
 schon...
 formul...
 1...
 w...
 Plan...
 bet...
 einer...
 f...
 bis...
 den...
 plan...
 2...
 st...
 Tage...
 Bon...
 tien...
 8...
 Sta...